

Bezugspreis: Einzelheft 10 Pf., monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M., halbjährlich 6.00 M., jährlich 11.40 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Anzeigenpreis: Beträgt die Nebenblätter Kolonnenweise 20 Pf. ...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 23. November 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Rußland für Waffenstillstand.

Kein Durchbruch bei Cambrai — Der zweite Kampftag — Tankschlacht — Französische Vorstöße bei Saint Quentin, zwischen Craonne und Berry-au-Bac zurückgeschlagen — Zwischen Brenta und Piave Gipfelfstellungen erstürmt.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 22. November 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezerguppe Kronprinz Rupprecht.

Zu Flandern beschränkte sich der Artilleriekampf auf Störungsfeuer, das erst am Abend zwischen Poelcapelle und Passchendaele an Heftigkeit zunahm.

Vorstöße englischer Abteilungen nördlich von Leuz und südlich von der Scarpe wurden abgewiesen.

Der heftige Feuerkampf am gestrigen Morgen bei Biencourt folgte nur schwächeren englischen Angriffen, die in unserem Feuer zusammenbrachen.

Die Schlacht südwestlich von Cambrai dauert an.

Durch Masseneinsatz von Panzerkraftwagen und Infanterie und durch Vortreiben seiner Kavallerie suchte der Feind den ihm am ersten Angriffstage versagt gebliebenen Durchbruch zu erzwingen.

Die von unserer Artillerie und den Maschinengewehren wirksam gefassten und hart geschnittenen Verbände traf der Gegenstoß unserer tapferen Infanterie.

Vor und hinter unseren Linien liegen, auf das ganz Schlachtfeld verteilt, die Trümmer zerstörter Panzerkraftwagen.

Mit Einbruch der Dunkelheit ließ die Gefechtsstätigkeit auf dem Schlachtfelde nach.

Südlich von Bendhuisle hat der Feind seine Angriffe nicht wiederholt.

Eine starke französische Abteilung drang an der Südfront von St. Quentin in unsere erste Linie ein.

Seezerguppe Deutscher Kronprinz.

Im Zusammenhang mit dem englischen Angriff hat auch der Kampf zwischen Craonne und Berry-au-Bac mit starken Vorstößen gegen unsere Stellungen begonnen.

Nordöstlich von La Basse-aux-Bois ist ein Franzosenstoß zurückgeblieben.

Eigene Unternehmungen hatten Erfolg und brachten Gefangene ein.

Leutnant Boehme errang durch Abschluß eines feindlichen Fliegereis seinen 22. Lusttag.

Westlicher Kriegsschauplatz

Mazedonische Front

Leutnant v. Schwabe brachte einen feindlichen Festballon zum Absturz und errang damit seinen 20. Lusttag.

Italienische Front.

Tiroler Kaiser-Schützen und württembergische Truppen errangen zwischen Brenta und Piave die Gipfel des Monte Fontana Secca und des Monte Spinnuccia.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

Abendbericht.

Berlin, 22. November 1917, abends. Amtlich.

Südwestlich von Cambrai sind neue nach starkem Feuer vorbereitende englische Angriffe gescheitert.

Im Osten nichts Besonderes.

Aus Italien bisher nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 22. November 1917. (W. T. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Westlich des Monte Meletta wurden italienische Angriffe durch Gegenstoß abgewiesen.

den Monte Fontana Secca und den Monte Spinnuccia. Auf dem Fontana Secca nahmen wir 200 Alpini gefangen.

Im Osten und Albanien nichts Neues. Der Chef des Generalstabes.

Waffenstillstands-Angebot?

London, 21. November. (Mentor.) Ein russisches drahtloses Telegramm meldet, daß die Bolschewiki-Regierung den Oberbefehlshaber angewiesen habe, sich den feindlichen Befehlshabern mit dem Angebot eines Waffenstillstandes zwecks Eröffnung von Friedensverhandlungen zu nähern.

Ueber die Stellung der deutschen Regierung zu einem derartigen Angebot — die einzige, die sie überhaupt einnehmen kann —, ist in dem gestrigen Leitartikel des Genossen David das Nötige gesagt worden.

Es ist selbstverständlich, daß die Frage eines Waffenstillstandes, der zum Frieden führen soll, nicht bloß eine militärische, sondern vor allem eine politische Angelegenheit ist, die von der politischen Regierung zu entscheiden ist.

Da Deutschland ein geordnetes Staatswesen ist, kann der weitere Gang der Dinge hierzulande nicht zweifelhaft sein. Erhält der deutsche Oberbefehlshaber das Angebot des russischen Befehlshabers, so wird es an den Kaiser weiter geleitet, den der verantwortliche Reichskanzler zu beraten hat.

Welches Verhalten die sozialdemokratische Partei vom Reichskanzler in dieser ungeheuer wichtigen politischen Angelegenheit erwartet, ist hier und in zahlreichen Massenversammlungen schon so oft gesagt worden, daß es näherer Ausführungen hierüber nicht bedarf.

Mit welchen Mitteln aber von der Entente gegen den Frieden gearbeitet wird, geht aus folgender albernem Lügennachricht hervor: Srag, 22. November. Daily News meldet aus Petersburg: Hier werden Nachrichten verbreitet, daß Deutschland auf das Telegramm des Sowjet, in dem dieser den Frieden forderte, mit der Erklärung geantwortet habe, Deutschland könne lediglich nach Wiederherstellung der Monarchie oder nach dem Zustandekommen der Geizgebenden Versammlung mit Rußland unterhandeln.

Ueber den Sturz des Jaximus hat das deutsche Volk gebuddelt. Die deutsche Regierung aber hat sich stets auf den Standpunkt gestellt, daß sie in die inneren Verhältnisse der gegen sie kriegsführenden Staaten nichts dreinzureden habe.

Die U-Boot-Beute im Oktober.

Amtlich. Berlin, 22. November. Im Monat Oktober sind durch kriegserische Maßnahmen der Mittelmächte insgesamt 674 000 Br.-R.-To.

des für unsere Feinde nutzbaren Handelschiffraums versenkt worden. Hiermit erhöhen sich die bisherigen Erfolge des uneingeschränkten U-Boot-Krieges auf 7 649 000 Br.-R.-To.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Mit den im Oktober versenkten 674 000 Brutto-Register-Tonnen übersteigt die Zahl des seit Kriegsbeginn vernichteten feindlichen und im Feindesdienst tätigen neutralen Handelschiffraums 12,6 Millionen Br.-R.-T.

Hierbei entfallen mehr als 7,6 Millionen Br.-R.-T. auf die ersten neun Monate des uneingeschränkten U-Boot-Krieges. Man kann sich einen Begriff von der Größe des vernichteten Schiffraumes machen, wenn man den Schiffraum der Welt, Segler und Dampfer zusammen, betrachtet, der bei Kriegsausbruch sich auf 40,00 Millionen Br.-R.-T. bezifferte.

Was nun?

Ein Vorschlag zur Erledigung der Wahlreform.

Von Paul Hirsch.

Kaum war die kaiserliche Botschaft über die Wahlreform verkündet, da waren auch schon die Gegner des freien Wahlrechts an der Arbeit, um dem Willen der Regierung ihre Willen entgegenzusetzen und die Reform zu verhindern oder doch ihre Wirkung wesentlich abzuschwächen.

Schon ist es gelungen, die Einbringung der Vorlage zu verzögern. Welche Mächte dabei im Spiel gewesen sind, bleibe dahingestellt. Tatsache ist es, daß die erste Lesung des Gesetzentwurfes erst etwa zwei Monate nach Zusammentritt des Landtages stattfinden wird und daß es kaum möglich sein wird, die verlorene Zeit wieder einzuholen.

Es dürfte also Ende April, vielleicht noch später, werden, bevor die Vorlage an das Herrenhaus kommt. Hier wiederholt sich dasselbe Spiel: erste Lesung im Plenum, Kommissionsberatung, Plenarberatung, wiederholte Abstimmung nach drei Wochen.

Aber noch in anderer Hinsicht hat die Regierung ein großes, allzu großes Maß von Entgegenkommen den Wahlrechtsfeinden gegenüber an den Tag gelegt. Obwohl die Osterbotschaft nur von einer Reform des Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten und von einer Reform der Zusammensetzung des Herrenhauses spricht, hat sie außer diesen beiden noch einen dritten Gesetzentwurf ausgearbeitet, der dem Herrenhause einen größeren Einfluß auf die Gesetzgebung einräumt.

Würden sich dadurch die Widerstände gegen eine Reform des Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten verringern, so könnten wir die Taktik der Regierung verstehen, wenn wir sie auch nicht billigen. Aber die Regierung ist sich doch selbst völlig im Klaren darüber, daß sie dadurch auch nicht einen einzigen Konservativen oder Rechtsnationalliberalen auf ihre Seite bekommt.

Erweiterung der Rechte des Herrenhauses nicht bewegen lassen, auch nur um Haarsbreite von ihrem wahlrechtsfeindlichen Standpunkt abzuweichen.

Die Verhältnisse liegen in Preußen nun einmal anders als wie sie in den genannten Bundesstaaten gelegen haben. Weder in Baden noch in Württemberg oder Hessen bestand für die Wähler zu den Zweiten Kammer und nur entfernt ein so ungerechtes Wahlrecht wie das preussische Dreiklassenwahlrecht. In keinem dieser Bundesstaaten waren solche Widerstände zu überwinden wie in Preußen, und wer die Geschichte des preussischen Junkertums kennt, wer da weiß, wie zielbewußt und kräftig diese Klasse den Kampf um die Verewigung ihrer Vorrechte zu führen weiß, der wird sich keinen Augenblick der Hoffnung hingeben, daß sie um den Preis einer Erweiterung der Macht des Herrenhauses ihr vermeintliches Erstgeburtsrecht verkaufen werden.

Soweit die Wahlrechtsfrage in Betracht kommen, sind die Schwierigkeiten nicht geringer geworden. Soweit es sich um die Wahlrechtsfrage handelt, haben sie sich vergrößert, und noch größer werden sie werden, wenn etwa alle drei Vorlagen mit einander verknüpft werden sollten. So weit wir unterrichtet sind, ist das vernünftigerweise von der Regierung nicht geplant, aber daß von anderer Seite darauf hingearbeitet wird, ist ein offenes Geheimnis. Diesen Schachzug zu durchkreuzen ist Pflicht aller derer, denen es mit der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen wirklich ernst ist.

Einen gangbaren Weg, der zugleich die Möglichkeit einer schnelleren Erledigung der Reform eröffnet, erblicken wir in einer Verständigung dahin, daß die drei Vorlagen, die ja nur in einem losen Zusammenhang mit einander stehen, nicht einer, sondern drei verschiedenen Kommissionen zur Vorberatung überwiesen werden. Dann wäre nicht nur die Gefahr einer Verknüpfung, die auch den Anhängern des gleichen Wahlrechts die Zustimmung zu dem Gesamtwerk erschweren muß, aus der Welt geschafft, sondern zugleich Zeit gewonnen, um wenigstens die Reform des Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten noch in der laufenden Gesetzgebungsperiode zu erledigen. Die weiteren Reformen sollte man dann getrost den auf Grund eines freieren Wahlrechts gewählten neuen, nicht aber dem aus Dreiklassenwahlen hervorgegangenen alten Landtag überlassen.

Das heutige Abgeordnetenhause ist keine Vertretung des preussischen Volkes. Bezieht es das Wahlrecht, das ihm zur Herrschaft verholfen hat, dann macht es lediglich das Unrecht gut, das dem preussischen Volk vor fast 70 Jahren zugefügt ist. Damit hätte es sich einen guten Abgang verdient. Alle weiteren Reformen, die sich ja nicht auf die von der Regierung angekündigten beschränken dürfen, sondern sich weit darüber hinaus auf die gesamte Gesetzgebung und Verwaltung zu erstrecken haben, sollte das Parlament seinem Nachfolger überlassen, der die Stimmungen und Anschauungen der Wählerschaft nicht in einem verzerrten Bilde widerspiegelt, sondern wenigstens annähernd richtig wiedergibt.

Arbeit des finnischen Landtages.

Das Unabhängigkeitgesetz genehmigt.

Stockholm, 22. November. (Meldung von Svenska Telegramman.) Das jungsozialistische Blatt „Folkbladet“ meldet aus Helsinki: Der finnische Landtag habe mit 127 gegen 88 Stimmen beschlossen, die früher dem Zaren-Großfürsten zustehende Macht künftig selbst auszuüben. Die Mehrheit habe aus Sozialisten, Agrariern und etwa 10 Bürgerlichen bestanden. Sodann habe der Landtag die Gemeindeverwaltungsgeetze mit 147 gegen 45 und das Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag mit 149 gegen 42 Stimmen genehmigt. Ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten habe Widerspruch angemeldet, da der Landtag an diesen Beschlüssen kein Recht habe.

In der Nacht zum 15. November sind einige Hundert Personen verhaftet worden, darunter der frühere Senator Serlachius und der Gouverneur von Nylandslaan, Jalandar, weil sie Bürgerwehren errichtet hätten.

Die künftige Zusammenfassung des Senates stehe noch nicht fest; es handle sich darum, ob er ausschließlich oder nur überwiegend aus Sozialisten bestehen solle.

Der durch den Staatsstreich der finnischen Sozialdemokratie vom 15. November wieder eingesetzte alte Landtag proklamierte durch die Annahme des Gesetzes, das die Übertragung der Gewalt des Großfürsten von Finnland an den Landtag selbst bestimmt, die Völkerrückkehr von Rußland und indirekt — die Einführung der republikanischen Regierungsform. Nach der Theorie der finnlandischen Separatisten verband Finnland und Rußland nur das gemeinsame Oberhaupt, der Monarch. Mit der Abschaffung der Monarchie wäre Finnland berechtigt, das gemeinsame Band als zerschnitten anzusehen. Russischerseits wurde allen Forderungen der Finnen entgegengehalten, daß die zukünftige Verfassungsgebende Versammlung Rußlands die rechtmäßige Nachfolgerin der Staatsgewalt ist, daß also nur in Gemeinschaft mit ihr die Wünsche Finnlands zu lösen sind. Aus dem gemeldeten Stimmenverhältnis, womit das Gesetz angenommen wurde, erhellt, daß die bürgerlichen Parteien im allgemeinen diesen lokalen Standpunkt teilen. Für das Gesetz stimmten die Sozialdemokraten, die Agrarier, die eine radikale Bauernpartei mit sozialistischer Färbung repräsentieren, und nur zehn bürgerliche Vertreter.

Die zwei anderen Gesetze über das Gemeindewahlrecht und den Achtstundentag wurden schon einmal von der Rumpfversammlung des Landtages angenommen, die die sozialdemokratische Fraktion nach Auflösung des alten — jetzt tagenden — Landtages gegen den Widerstand der russischen Regierung einberufen hat. Jetzt wurden die Gesetze nach parlamentarischen Regeln gutgeheißen. Die Verfassung verlangt die Vorlegung aller vom Landtag genehmigten Gesetze zur Bestätigung des Großfürsten. Nach Annahme des Souveränitätsgesetzes ist es ausgeschlossen, daß diese Gesetze der Petersburger Regierung unterbreitet werden. Dazu kommt noch, daß die Bolschewiki grundsätzlich die Völkerrückkehr von Rußland billigen. Eine Regierung (der finnlandische Senat entspricht diesem Begriff) ist noch nicht gebildet. Anscheinend wurde noch keine Einigung über deren Parteizusammensetzung erzielt.

Beendigung des Generalstreiks.

Stockholm, 22. November. Der Generalstreik in Finnland wurde durch ein Uebereinkommen der Bürgerlichen und sozialisti-

schen Parteien als beendet erklärt. Die bürgerlichen Parteien erklärten sich angeblich mit der Errichtung eines neuen, einschließlich aus Sozialisten bestehenden Senats einverstanden und verzichteten ausdrücklich auf Repräsentation für die von Streikteilnehmern begangenen Uebertreffe. Der Eisenbahnverkehr soll wieder aufgenommen werden.

Die Schlacht bei Cambrai.

Berlin, 22. November. (B. T. Z.) Der große Durchbruchversuch der Engländer bei Cambrai ist unter gewaltigen Verlusten gescheitert.

Am ersten Tage, am 20. November, hofften sie nach kürzlicher, aber längerer Artillerievorbereitung wie sonst, unter rücksichtslosem Masseneinsatz durch Ueberrückung hier den Durchbruch zu erzielen, der ihnen innerhalb des ganzen Jahres trotz der ungeheuren Kistenopfer in Flandern versagt blieb. An diesem Tage war ihnen nur der übliche, fast immer mit mathematischer Sicherheit eintretende Anfangserfolg beschieden. Am 21. November setzten sie erneut mehr als 6 Infanteriedivisionen und 3 Kavalleriedivisionen ein um diesen Anfangserfolg strategisch zu erweitern. Wiederum trieb der englische Führer frische hunderttausend Mann gegen unsere Stellungen vor. Um 11 Uhr vormittags begannen seine neuen Angriffe, die von überaus zahlreichen starken Tankgeschwadern unterstützt wurden. Unsere Artillerie und Maschinengewehre rissen immer wieder breite Lücken in die feindlichen Angriffswellen, die nacheinander zu Boden sanken, jedoch aus starken Reserven stets rücksichtslos aufgefüllt wurden. Den so unter schweren Opfern langsam Boden gewinnenden Feind traf scharf der wuchtige Gegenstoß unserer Infanterie. In erbittertem Ringen wurde der Feind auf Anneux und Fontaine zurückgeworfen. Seine Tanks, von unseren Fliegerbomben und unserer Artillerie getroffen, krachten verheerend zusammen und blieben auf der ganzen Front verstreut bewegungsunfähig liegen, während die Bedienung bei den Explosionen verlor.

Die in vorläufiger Hoffnung zahlreich eingesetzte Kavallerie wurde zum größten Teil in unserem Feuer vernichtet. Weßlich Kavallerie wurde eine englische Kavalleriebrigade gänzlich aufgeschossen. Infolge dieser blutigen Verluste und angeichts der Rücksichtslosigkeit seiner Gewaltanwendung hat der Feind bisher keine Angriffe nicht wiederholt. Die Nacht verlief auf dem Hauptkampfplatze im allgemeinen ruhig. Der englische Traum, hier einen strategischen Ueberrückungsdurchbruch erringen zu können, ist bereits nach zwei Tagen ebenso kläglich gescheitert wie die vielmonatlichen Durchbruchversuche in Flandern. Beseitigt haben die Engländer bei Cambrai die Einfriedigung gesucht und nur die Kistenopfer dieses Jahres um viele Tausende gesteigert.

Was die Engländer melden.

Englischer Seeberichts vom 21. November nachmittags. Gestern vormittag hatte die 3. Armee unter Befehl des Generals Sir Julian Phang eine Anzahl Angriffe zwischen St. Quentin und dem Scarpe-Fluß gemacht. Diese Angriffe sind ohne vorhergehende Artillerievorbereitung durchgeführt und der Feind ist in allen Fällen vollständig überfallen worden. Unsere Truppen sind in die feindlichen Stellungen eingedrungen auf eine Tiefe von zwischen vier und fünf Meilen in breiter Front und haben einige tausend Gefangene gemacht und eine Anzahl Geschütze erbeutet. Unsere Unternehmungen werden fortgesetzt.

Bei unserem Sturm auf der Hauptfront griff eine große Anzahl Tanks an, bewegte sich vor der Infanterie vorwärts und beach nach und nach Brechen in die deutschen Drahtverhänge, die von großer Tiefe und Festigkeit waren. Englische, schottische und irische Regimenter folgten dann durch die von den Tanks hergestellten Lücken nach, ergossen sich über die feindlichen Vorposten und führten das erste Verteidigungssystem der Hindenburg-Linie auf der ganzen Front. Unsere Infanterie nebst Panzerkraftwagen drängte sie planmäßig zurück und nahm das zweite deutsche Verteidigungssystem über eine englische (1,8 Kilometer) Meile dahinter; dies letztere ist bekannt als Hindenburg-Unterstützungslinie. Bei diesem Vorgehen nahmen Truppen aus dem Osten des Landes den Hügel von Bonair und den Wald auf der Höhe nach heutigem Stampe. Englische Schützenregimenter und leichte Infanterie nahmen La Bacquerie und den Vorposten der Hauptstellung, der als Wasserlinie bekannt ist. Andere englische Großschützentruppen erklärten das Dorf Riecourt und drangen sich Bahn durch den Wald von Coutlet. Dänische Territorial-Brigade überführten den großen Einschnitt und drangen in Hlesquiere ein, wo ein heftiger Kampf stattfand. Britische Territorialtruppen aus dem Westen nahmen Gabcourcourt und deutsche Grabenysteme nördlich von dem Dorfe, während Divisionen aus Ulster, die ihre linke Flanke deckten, auf dem Westufer des Nordkanals nordwärts vordrangen.

Am späteren Vormittag wurde unser Vorgehen fortgesetzt und auf allen Punkten ein schneller Fortschritt erzielt. Englische, schottische, irische und Waliser Bataillone sicherten die Ueberrückung über den Kanal bei Masnières und nahmen Marcoing und Neuvion. Die britischen Truppen aus dem Westen, welche Gabcourcourt genommen hatten, machten südlich vom Nordkanal einen bemerkenswerten Fortschritt, indem sie die Dörfer Graincourt und Anneux erklärten und zusammen mit den Truppen aus Ulster, die westlich vom Kanal operierten, die ganze deutsche Linie nordwärts drängten an die Straße Sapaume — Cambrai. Territorialtruppen aus West-Yorkshire brachen in die feindlichen Stellungen südlich Epéhy ein. Irische Truppen haben wichtige Abschnitte der Hindenburglinie zwischen Bullecourt und Fontaine-les-Croix genommen. Die Zahl der Gefangenen und der erbeuteten Geschütze und des Kriegsgüter kann noch nicht abgeklärt werden. Die Zeitpanne zwischen dem Wetter, die unsere Angriffsvorbereitungen begünstigten, fand gestern früh ihren Abschluß. Schwere Regen fiel während der Nacht. Das Wetter ist jetzt mildlich.

Englischer Seeberichts vom 21. November abends. Ein wichtiger Fortschritt wurde heute westlich und südwestlich von Cambrai gemacht, obwohl beständig Regen gefallen ist. Verstärkungen, die der Feind in Eile auf das Schlachtfeld geführt hat, um unser Vorrücken aufzuhalten, wurden aus einer weiteren Reihe von Dörfern und anderen befestigten Stellungen vertrieben und es wurden viele neue Gefangene gemacht. Wieder leisteten Tanks dem Vorrücken große Dienste. Auf unserem rechten Flügel machten wir Fortschritte in Richtung Grewescourt und Surlescourt. Nordöstlich Masnières eroberten wir eine doppelte Linie feindlicher Schützengräben auf dem Ostufer des Kanals von Delerant (?). Ein scharfer Kampf fand in der Nähe von diesem statt, und feindliche Gegenangriffe wurden erfolgreich abgeschlagen. Am Morgen eroberten schottische nordöstlich von Hlesquiere vorgeschobene Truppen die deutschen Verteidigungslinie südwestlich von Caenion und das Dorf selbst, wobei sie 500 Gefangene machten. Später am Tage setzten sie ihre Vorrücken fort und richteten sich selbst in Stellungen mehr als 5 Meilen hinter der früheren deutschen Frontlinie ein. Nördlich von Anneux getriebene Bataillone aus West-Yorkshire in Kampf mit dem Feinde südlich und südwestlich von Bourlan. Schützentruppen westlich überschritten Regimenter aus Ulster die Straße Sapaume — Cambrai und rückten in Neuvion ein. Während des Tages wurden starke feindliche Gegenangriffe gegen unsere neuen Stellungen in der Nähe von Bullecourt abgeschlagen. Die Zahl der Gefangenen, die durch unsere Sammellager gekommen sind, übersteigt 8000, darunter 180 Offiziere. Die Zahl der erbeuteten Geschütze ist noch nicht festgestellt.

Der Kriegsrat der Entente.

Amsterdam, 22. November. Reuter meldet aus Paris: Unter dem Vorsitz des Präsidenten Poincaré ist nun der Kriegsrat gebildet worden, bestehend aus dem Ministerpräsidenten und den Ministern des Auswärtigen, der Marine, dem Munitions- und Blockademinister. Diesem Rat ist die Leitung der Kriegspolitik übertragen worden.

Die Lage in Rußland.

Die Bemühungen um eine sozialistische Koalition. — Der Rat der Volksbeauftragten.

Stockholm, 22. November. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der hier eingetroffene Privatsekretär Kerenski, Rechtsanwalt Schastlich, welcher unter dem Vorzeichen, der Korrespondent des „Manchester Guardian“ zu sein, von dem nach Petrograd reisenden Adels-Comité die Vermittlung des Grenzübertritts erlangte, war der Vertreter englischer, in Rußland interessierter Unternehmungen und beeinflusste dementsprechend Kerenski. Er besuchte bei seiner Ankunft in Stockholm die Gesandten Rußlands und Englands. Schastlich hat die Belagerung des Winterpalastes bis zuletzt mitgemacht. Er gibt zu, daß die Rolle Kerenski's ungeheuer sei. In seiner Erzählung tritt die Wirksamkeit Sawinow's hervor, welcher zuerst zugunsten Kornilow's gegen Kerenski intrigierte, dann aber plötzlich umschwankte, als die Kornilowade schlug. Man sagt ihm auch vieles von den Aufschlägen gegen die Sowjets nach, die auch Kerenski betrieb; auch die Bolschewiki soll er vertrat haben. Jetzt soll dieser ehemalige Terrorist und Intimus Kowew, der von der sozialrevolutionären Partei ausgeschlossen wurde, in Verbindung mit Kaledin stehen. Man verdächtigt ihn auch des Strebens nach der Diktatur.

Schastlich bezweifelt das Zustandekommen einer sozialistischen Koalition. Die ernsteste Bedrohung der Demokratie kommt von Kaledin, welcher die Lebensmitteljahr abschneidet, und dem die Eisenbahner, die durch den Streik einen Druck auf die sozialistischen Parteien zugunsten einer Koalition aufzulegen, tatsächlich helfen.

Die englischen Grenzsoldaten wurden von Tornea weggezogen. Am Freitag trifft hier Goldenberg ein.

Stockholm, 21. November. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die „Framda“ vom 11. November berichtet, daß die revolutionäre Regierung das Mitglied der hiesigen bolschewistischen Auslandsstelle Orlowki als Vertreter für die Aufgabe nominierte, mit den internationalistischen Sozialisten aller Länder in Verbindung zu treten. Hierin scheint eine Beschränkung auf die Zimmerwalder angedeutet, indes ist zu erwarten, daß die fraktionelle Engherzigkeit nicht aufrechterhalten bleibt. Jedenfalls ist wahrzunehmen, daß besonders die Idee einer sozialistischen Koalition bei den Bolschewiki der Richtung Dan's heftigere Opposition findet als bei den Bolschewiki. „Nowaja Sibir“ unterstützt die Koalitionsidee. Von den internationalistischen geht Popinski von Anfang an entschieden mit den Bolschewiki. Der Petrogradpresse entnimmt man, daß die Bewegung noch groß ist, indes arbeiteten die Kommissionsmitglieder und die Kommission für Herstellung der Ordnung energisch und erfolgreich.

Stockholm, 22. November. Nach der Petersburger politischen Zeitung „Diennit Karodow“ beschloß der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, bis zum Zusammentritt der Beschleßenden Versammlung die Bildung einer vorläufigen Arbeiter- und Bauernregierung unter dem Namen „Rat der Volksbeauftragten“ mit Lenin als Vorsitzendem. (Von hier an ist das Telegramm zum Teil verstümmelt.) Melow — Innes, Kijutin — Landwirtschaft, Schlapnikow — Arbeiter, Arcew — Industrie und Handel — Bogin, Anierich — Lunaticharski, Finanz — Sworgew, Kuchers Trozki, Jusitz Diekow.

Wie verlautet sind die bisherigen Versuche der Bildung einer sozialistischen Sammelregierung ohne Lenin gescheitert. Auch haben sich in der oben angegebenen Zusammenfassung einer Bolschewiki-Regierung bereits wesentliche Veränderungen vollzogen. Anscheinend arbeitet in Petersburg zurzeit noch als oberste Instanz der revolutionäre Militärtribunal, als dessen Sekretär der bisherige Bolschewiki-Führer Joffe fungiert.

Die Sicherung des Volkessieges.

Stockholm, 22. November. (Meldung von Svenska Telegramman.) Unser Sondervertreter in Gaporanda telegraphiert: Der Pressevertreter der Auslandsdelegation der Bolschewiki an der Grenze teilt mit, daß alles ruhig in Petersburg ist und ausgezeichnete Ordnung herrscht. Die Truppen Kerenski's sind nach langem Widerstand auf die Seite des Volkes übergegangen und haben das Dekret der Nationalkommissionen angenommen. Die Truppen, die zur Unterstützung der revolutionären Besatzung nach Moskau abgefordert worden waren, kehren nach Petersburg zurück. In Moskau hat die Revolution des Volkes unbedingt gesiegt. Der Schaden in Moskau durch Verwüstung einer Anzahl Häuser ist beschränkt, ein Teil des Kreml ist auch beschädigt. Die Zahl der Getöteten und Verwundeten ist noch unbekannt. Gegen Kaledin sind 150 000 ukrainische Soldaten geschickt worden, im Rücken Kaledin's haben starke Abteilungen den Erfolg der Revolution gesichert. General Krastoff, der sich zu den Truppen Kerenski's bei Petersburg begeben hatte, ist zur Unterhandlung mit Kaledin abgeordnet worden. Der Bolschewiki-Kommissar in Tornea teilt mit, daß bis zur Herstellung einer regelmäßigen Verbindung Petersburg — Stockholm als offiziell zu Petrograd Petersburger Telegramme über Gaporanda durch den Auslandsvertreter der Bolschewiki vermittelt werden.

Das Datum der Konstituante-Wahlen.

Verhaftungen. — Ein Gefecht bei Wiborg.

London, 21. November. Reuters Berichterstatter in Petersburg meldet vom 20. November: Der Bruch zwischen den Maximalisten und den gemäßigteren Sozialisten scheint vollzogene Tatsache zu sein.

In ein paar Tagen wird das Datum für die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung bekanntgegeben werden. Bei der jetzigen Anarchie wird aber ein einigermaßen unparteilicher, ordentlicher Verlauf kaum möglich sein.

Der Kommandant des Korps, das in Suga angekommen war, wurde eingekerkert. Die Offiziere kamen nach Petersburg und schlossen sich den Sozialisten an. Die verlautet, ging ein großer Teil der Mannschaften zu den Maximalisten über. Der revolutionäre Ausschuss machte bekannt, daß die zweite Armee unter seiner Kontrolle liege.

Die Soldaten Furlschewitsch und Rist Jusupow wurden unter der Beschuldigung, zu Kaledin in Beziehung zu stehen, verhaftet.

Briefkasten der Redaktion.

N. 8. 70. Wir nennen Ihnen u. a. Ost- und Westfalen, Westfalen, Debus, Beslow, Starke, Anjum, Welter, Rohnmann, Düring, Düring. — **N. 8. 10.** Das konnten wir leider auch nicht feststellen. Vielleicht ist die Bezeichnung nicht richtig wiedergegeben. — **Auf mehrere Anfragen bezüglich der Ernährungsfrage für Tuberkulose.** Wenden Sie sich unter Bezugnahme auf das Handbroschüren des Kreis-Ernährungsamtes an den Kasseler Kreis-Verband, Abteilung für Kranken-ernährung. — **N. 8. 68.** Schellen Sie bei der „Berliner“ Buchhandlung eine Broschüre, die darüber Auskunft gibt. — **N. 8. 67.** Private Geschäfte können wir nicht angeben. — **N. 8. 7.** Die Frage ist bereits beantwortet. Sie wiederholen: Das Reich der Güter der Eigentümer das Holz zu Lagerort. — **N. 8. 71.** Da die Steuererhebung wegen Personalmangel in vielen Gemeinden sehr spät fertig geworden ist, kann sehr zum Schaden der Gemeinde, die Steuer erst im Spät erboben werden. Die Steuern geht's vielen anderen auch. Auf Antrag wird gestundet. — **N. 8. 800.** Warum nennen Sie nicht den Verfasser? — **N. 8. 81.** — **N. 8. 82** und **155.** Wann haben Unteroffiziere Anspruch auf Beurlaubung? Ist bereits so oft beantwortet. Unteroffiziere haben Anspruch auf Beurlaubung, wenn sie 5/2 Jahre als Unteroffizier gedient haben. — **N. 8. 17.** Hörer Frau hat doch Reichsademantel an. Wenn nicht, und Ihre Frau ist händisch, so wenden Sie sich doch an die Adressen-Einstellung, Adresse: Kriegskolonnen deutscher Frauen, Vorstand: Frau Kronprinzessin in Potsdam, Neuer Garten. Dort werden einmalige Besuche gemacht. — **Frau Eichen.** Kommen Sie zur Ehrenkammer. — **N. 8. 21.** 1. Es sind nur die gewöhnlichen Normalitäten erforderlich wie bei jeder Ehe. 2. Wänden wohl, aber nicht verfeuern. — **N. 8. 2.** Klage wegen öffentlicher Beleidigung bei dem für den Beklagten zuständigen Amtsgericht. — **Vertrauensangelegenheiten.** Der Vertrauensanwalt ist schadenlos, wenn durch keine Schuld der Unfall entstanden ist. Sollte die Reparatur schuldig sein, was nicht anzunehmen ist, so wird sich das ja klären. — **N. 8. 2.** Wenn Sie vor dem Kriege eine verheiratete Frau war, so sind Sie nicht aus dem Kriegsdienst während des Krieges diese Befreiung haben, also auch nach dem Kriege nicht weiter arbeiten, unterliegen Sie der Angehörigenversicherung nicht. Anweisung des Angehörigen-Vereins. — **N. 8. 71.** Rein. — **N. 8. 300.** Stellen Sie einen entsprechenden Antrag. — **N. 8. 100.** Bedeutet nur Altenglisch. — **N. 8. 1000.** Rein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittags. Etwas wärmer, zeitweise heiter, jedoch vorwiegend bewölkt und besonders an der Küste öfter leichte Regenfälle.

Gewinnauszug der 10. Preussisch-Süddeutschen (236. Königlich Preussischen) Klassenlotterie

5. Klasse 12 Ziehungstag 22. November 1917

(Eine Gewähr u. St. A. 1. S.) (Nachdruck verboten)

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 Mk. gezogen: 2 Gewinne zu 15 000 Mk. 2484
4 Gewinne zu 10 000 Mk. 33704 127485
10 Gewinne zu 5000 Mk. 42783 92285 110161 178597 233874

82 Gewinne zu 3000 Mk. 1777 6453 9272 10924 11285 11828 16974 17963 24875 34814 36358 42860 47365 60133 60265 61733 69778 62127 82984 94633 100913 110561 117798 123661 135148 135446 149213 163028 166690 159080 161254 169460 171888 192508 193004 196256 212333 223965 224955 230493 233483

154 Gewinne zu 1000 Mk. 2141 11494 12317 16709 21086 22638 32063 33790 33940 34000 34342 36089 38389 39422 39881 40058 42905 51792 62877 53604 58712 65747 68968 67578 69205 74575 75708 76802 81357 85512 86850 87640 88795 90363 94260 96218 99356 100169 103623 104185 104729 106570 106811 111327 111689 112079 112548 113108 114306 127300 134548 142131 144492 149707 151855 151858 160145 161493 165202 169765 172881 177731 177826 179774 180218 182583 185614 189428 193854 196471 207850 207919 210535 214452 221967 224249 326816

192 Gewinne zu 500 Mk. 1523 4490 5273 5333 6519 7624 10322 15003 15665 16954 18458 19082 22817 22959 26492 29968 31352 32091 34102 35379 35503 40930 41219 42448 46713 46956 47169 49110 49247 50507 61800 61941 63715 67409 60690 66400 69932 74948 77758 81269 86464 87683 87691 88400 82936 94610 94953 97491 97628 98528 106822 106816 111854 118152 118276 123000 123070 123546 123685 126231 126458 130528 132455 135459 139821 156351 161343 163069 168045 162479 165589 166168 171053 178769 185496 186883 189245 188444 190256 192886 194709 199558 203886 209168 216415 219604 220197 220839 223058 225278 228188 228532 228907 230027 230347 231480

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 Mk. gezogen: 2 Gewinne zu 15 000 Mk. 72447
8 Gewinne zu 5000 Mk. 23839 68637 191181 232370 90 Gewinne zu 3000 Mk. 4397 5628 7264 7844 10830 10911 13855 16426 19071 23322 27084 29980 34194 41038 70760 73354 83782 108891 115206 120036 124787 127061 131472 138506 146947 147870 148007 150856 152852 153568 153995 169064 171804 181400 192357 194667 202033 206954 207720 210282 219926 217747 220605 227861 232093 142 Gewinne zu 1000 Mk. 2188 4812 4780 7755 8333 12905 18032 16120 18042 18420 30809 31858 32258 38071 47965 56600 68227 69510 71598 74081 76410 79081 80257 83300 83468 87186 92123 94394 99944 107507 117018 117061 118401 124559 127724 129241 132525 134311 137973 146826 147458 148436 152796 153714 163925 154475 155981 158559 160485 162446 163018 163466 166172 168538 171606 173286 176399 178387 180827 187343 203628 209159 212084 212416 217279 222908 223651 224921 226545 226712 233658

192 Gewinne zu 500 Mk. 659 2515 3353 6116 6235 12697 18077 23167 23323 24624 26087 29099 31372 35589 39111 39469 39558 40771 41675 43194 43462 46812 46980 51860 54573 57121 59750 61457 69241 70409 70420 71724 72523 72593 75105 73290 76874 82432 83258 86430 90634 93809 95943 105455 109924 110031 110693 116750 117078 118982 119240 122891 123915 124413 124813 126015 135816 137817 140034 140842 142428 142607 145719 146268 146949 150569 157622 163718 168728 168927 172523 174726 175900 176264 180004 181938 180605 186773 190567 190978 200393 200988 202420 204125 206224 215859 217679 219308 221298 223647 226553 227071 227123 228320 230923 233168

Eingegangene Druckschriften.

Die Finanzanleihe. Komodie von Hans Müller-Erdelinger. 2 Bde. — Der Mann mit den vielen Frauen. Von Hermann Wagner. 6 Bde. Eigen Verlags u. Co., Berlin.
Kugeln und beschlagene Gehäuse von Frankfurt am Main. Von Siegfried Kaffner. 450 B. u. Goldschmied Buchhandlung, Frankfurt am Main.

Verband der Gall- und Schankwirts Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen

Wuttke, Helene

geb. Hartmann, Hedwige, 6. Bezirk 2, am 9. November verstorben ist.

Reiner ist die Frau des Kollegen 100/20

Nowack, Berta

geb. Pfennig, Helldorferstr. 17, Bezirk 3, am 13. November verstorben. Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 23. November, nachmittags 4 Uhr, auf dem Aufseherischen Friedhof statt.
Die Ortsverwaltung.

Männer- und Frauenchor Neukölln.

Am 13. d. M. verschied infolge eines Unfalls im Alter von 75 Jahren ein Mitglied und lieber Angehöriger Bruder

Paul Schütte.

Sein räthliches, sonniges Wesen, sein reiches Talent für unsere Chor führt ihm ein bleibendes Angedenken. Er war einer unserer Besten.
Stimm führt der Sänger.

Otto Julius Scholz

aus Berlin-Mitte, Berliner Allee 251, im Alter von 44 Jahren.
Sein rühmliches Wesen, seine gute Kameradschaft und seine reue Pflichterfüllung hat ihm die Liebe seiner Kameraden und ihres Arbeitgebers gewonnen und zum Trost für seine Frau und zum Vorbild für seine Söhne.

Zu Namen seiner Kameraden Vogt

Teilnahme d. 2. H. u. Führer der Flotten-Subpart. Kolonne 139. [10823]

Auffragung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben, kreisliegenden Mannes

Max Neumeyer

sage ich allen Verwandten, Bekannten, insbesondere den Kollegen des Kameraden A. II. Ebnand, dem Verein der Kameraden, dem Verein der Kameraden, sowie Herrn Roth für die trostreichen Worte meinen innigsten Dank.
Frau Martha Neumeyer.

Erkl. Möbelgeschäft

hat laufend Arbeiter in besten Stellen, Herren- und Schlafzimmern nach eigenen Entwürfen, sowie Sommerhäusern zu vergeben. a. Conio, Wohnungen möglichst im Voraus. Gest. Effekten unter D. N. an die Hauptexpedition d. „Vorwärts“, Lindenstraße 3. 10830

Karl Hempel

legen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Vorkande und den Angehörigen der Orlsantenne für Berlin-Tempelhof und der Jecien Vereinigung der Kameraden mit freier Kestwahl unseren verbindlichsten Dank.
Witwe M. Hempel und Kinder.
Tempelhof, den 22. November 1917. 104/14

Spezialarzt

Dr. med. Laubs
bes. Schindl, gründl. med. Schmerslos u. ohne Berücksichtigung Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Gynastische Methoden, Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u. Blutuntersuchung.
Königsstr. 94/96. Bahnhof Alexanderpl. Spt. 10—1 u. 6—8. Sonnt. 10—1

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.), Syphilis, Harn- u. Frauenleiden, Ehrlich-Hata-Kur (Dauerkur), Blutuntersuchung, Schwäche, sichere Schmerzl. Heilung ohne Berufsstörung, Teilzahlung. 25/112, Sprechstund.: 11—1 u. 6—8

M. Landwirtschaft

zu verkaufen. Familienhaus, ev. 2—3 Wohnungen, 11 Krogen Land und lebendes Inventar. Schmachtenhagen d. Oranienburg. Näheres bei W. H. Müller, Neudöln, Allee 11, Born III. 911/2

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Kontor, Dampfbäckerei und Zentrallager: Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 16/26.

Aktiva.	1916/17	1917	Passiva.	1916/17	1917
1. Grundstücke und Gebäude:			1. Geschäftsanteile der Mitglieder:		
Walden, Rittergutstr. 19/26	2 163 254,15		Kleinrenten	298 765,27	
Walden, Memortstraße	106 813,64		Spezial-Vereinsfonds	81 846,74	
Walden, Rittergutstr. 16/18	641 192,15		Produktionsfonds	110 849,81	
Tempelhof	510 409,—		Dispositionsfonds	54 527,76	
Tempel, Bismarckstraße	142 050,33		Personals-Unterstützungsfonds	58 957,50	
Walden, Bornstr.	143 307,18		Vorhandenheitsfonds	35 753,00	607 499,77
Walden, Straße 32	104 117,66				
Walden, Bornstraße	115 600,80		2. Aufgenommene Gelder:		
Neubaun Tempelhof	435 981,28	5 123 752,17	Geldkassen	1 167 450,—	
2. Inventar und andere Einrichtungen:			Genossenschaft	1 554 210,—	
Heizungs- und Lichtanlage	180 094,89		Sparfonds I	11 671 028,38	
Werkzeuge	14 233,92		Sparfonds II	65 256,98	
Bücher	97 884,81		Stationen	52 415,28	
Möbel	24 020,33		Reiserente Sparanlagen II	126 146,05	14 825 530,04
Waren- und Telefonanlage	1,—		3. Betriebsausgaben:		
Walden	159 244,91		Warenkäufe	216 872,51	
Automobile	1,—		Prachten	3 669,92	
Sanitär	385 634,87		Sparfonds II (Rabat)	609 121,15	
Baumaterialien	1,—		Architekten	2 985,98	
Bücher	1,—		Roth einschließende Kassenheine	6 309,55	
Werkzeuge	1,—	1 061 716,06	Geschäftsanteile ausgetretener Mitglieder	90 440,89	1 141 006,65
3. Bestände an Waren und Materialien:			4. Rücklagen:		
Warenbestände	1 180 250,50		Reservefonds	2 500,—	
Rücklagen	9 030,00		Reservefonds	64 150,37	66 195,84
Material in der Lagerstätte	7 194,59		Walden	4 468,47	
Material in der Lagerstätte	1 650,50	1 196 126,10	5. Reingewinn:		
4. Forderungen angelegte Gelder und Kassenbestände:					203 351,16
Bankdepot	223 700,—				
Banknoten	139 000,—				
Geld	1 408 560,—				
Bankausgaben	5 103 835,98				
Bankausgaben I	1 291 200,32				
Bankausgaben II	28 684,06				
Kassenbestände für Kassen	2 602,20				
Bankausgaben III	65 264,51				
Bankausgaben IV	50 000,—				
Bankausgaben V	2 436 000,—				
Bankausgaben VI	215 417,85	11 189 804,92			
5. Beteiligung an genossenschaftlichen Unternehmungen:					
		260 020,30			
6. Kassenbestand:					
		31 244,03			
		15 864 573,60			19 964 573,60

Mitgliederbewegung.
Mitgliederbestand am 30. Juni 1916 110 467
Kesseltreten sind 4 489
113 447 Mitglieder
Ausgetreten durch Übertragung 41
Tod 476
Rückzahlung 1 067
Ausgeschlossen wurden 5 141 7 385
Mitgliederbestand am 30. Juni 1917 108 122 Mitglieder

Die Summe der Geschäftsanteile erhöhte sich im Laufe des Geschäftsjahres um 360 750,01 Mk.
Die Gesamtsumme verminderte sich im Laufe des Geschäftsjahres um 70 350,—
Die Gesamtsumme betrug am 30. Juni 1917 3 243 660,—

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Der Aufsichtsrat
H. F. Götter.

Der Vorstand
R. Junger, O. Schultze, W. Lamm, A. Mirus, P. Müller.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsbüro Berlin, N. 54, Eichenstraße 83—85
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Nordten 183, 1299, 1987, 9713.

Rohrleger und Helfer!

Sonntag, den 25. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:

Branchen-Versammlung

der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend.
Tagesordnung:
1. Verhandlungsangelegenheiten.
2. Branchenangelegenheiten. 3. Diskussion.
Die Mitgliedsbücher sind am Eingang des Saales vorzugeben.
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
Die Lokalkommission.

Sonntag, den 25. November, vormittags 10 Uhr,

Versammlung

der Metallarbeiter u. Galvanisierer, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 11.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Wöckel über: „Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und die Arbeiter.“
2. Diskussion.
3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
In reichem und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands.

Hilfsstelle Berlin, Sebastianstr. 37/38.

Achtung! Herrenmaß- u. Militärschneider! Achtung!

Am Sonntag, den 25. November 1917, mittags 12 Uhr, findet in den Germania-Prachtsälen, Genslerstr. 130, eine

Mitglieder-Versammlung

statt.
Tagesordnung:
Bericht über die weiteren Verhandlungen wegen der Teuerungszulage.
Referent: Kollege Kunze.

Um 10 Uhr vormittags findet eine

Sitzung der Vertrauensleute

ebenfalls in den Germania-Prachtsälen statt.
Wir bitten die Vertrauensleute, vollständig zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe oder mit mehr als acht verbleibenden Wochenbeiträgen kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Zehlendorf u. Umgegend

Die Mitglieder des Ausschusses werden zu einer

Ordentl. Ausschusssitzung

am Mittwoch, den 5. Dezember 1917, abends 7 Uhr, in der Aula der Gemeindehalle hierseits, Vorstadterstraße 7, hierdurch ergeben eingeladen.

Tagesordnung:
1. Wahl des Rechnungs-Ausschusses für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
2. Wahl des Rechnungs-Ausschusses für das Jahr 1918.

3. Beitritt zur freien Vereinigung der Krankenkassen der Gegend Brandenburg und der General-Kommission Berlin und der Vororte und Zustimmung zur Teilnahme der Krankenkasse an Konferenzen der vorgenannten Vereinigungen.
4. Nachberufung der über überzogenen Positionen des Vorstandes für 1917.

Zehlendorf, 20. November 1917.
Der Vorsitzende,
H. Richter, 298/11

Allgemeine Ortskrankenkasse Niederbarim. Einladung

am Sonntag, den 2. Dezember d. J., vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Gartenstraße“ in Berlin, Gartenstraße 4 (Sümpfplatz).

Tagesordnung:
1. Mitteilung des Vorstandes für das Jahr 1916.
2. Wahl des Rechnungs-Ausschusses für die Prüfung der Jahresrechnung für das Jahr 1917.
Die Herren Kassamitglieder werden zur Teilnahme an dieser Sitzung ergeben eingeladen.
Berlin, den 16. November 1917.
Allgemeine Ortskrankenkasse Niederbarim.
R. H. N., Vorsitzender.

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Wentz, Charlottenburg, Gartenstr. 9, Gartenhaus IV.

Seemuscheln.

In diesen Tagen treffen mehrere Waggon Seemuscheln in Berlin ein, wodurch unsere Lebensmittel um ein solches wohlfeileres Mittel (1/2 Kilo wird für 20 Pf. abgegeben) bereichert werden.

Die bei uns zum Verkauf gelangenden Seemuscheln stammen aus der Ostsee, namentlich aus der Kieler Bucht, wofür im Laufe des Winters an 3 1/2 Millionen Stück geerntet, richtiger „gepfückt“ werden.

Aber noch eine geschätzte Antikularbildung findet sich bei den Seemuscheln: Perlen. Reist fallen sie freilich zu dunkel aus, um wertvoll zu sein, ab und zu soll aber doch eine besser geratene und einigen Wert haben.

Die schon eingangs angeordnete, bilden Seemuscheln ein beliebtes Nahrungsmittel der Küstenvölker, obwohl ihr Nährwert gerade kein sehr großer ist.

Die für uns in Betracht kommenden Riesmuscheln werden an der holländischen, pommerischen und Mecklenburger Küste gezüchtet. Zwei der bedeutendsten Plätze für gezüchtete Riesmuscheln sind die Kieler und die Ahrenfelder Bucht.

Schon seit alten Zeiten erfreuen sich die Seemuscheln der Gunst der Menschen. Sie kamen auf die Tafel Richard II. von England, auch Ludwig XVIII. von Frankreich, glorreichen Ansehens, geruhten ein leidenschaftlicher Freund von Seemuscheln zu sein.

Nach dem Genuß der Seemuschel hat man öfter das Auftreten von Vergiftungserscheinungen beobachtet. Die Patienten wurden von einem juckenden Hautausschlag befallen; dabei wurden sie von großer Unruhe und vom Fieber geplagt.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. Von R. Franck.

Und Michalansky, dieser Schuft, dieser meineidige, was ich von dem sagen kann, ah, wenn man das wüßte! „Laß sie das“ — verurteilte Morawitzky den Redestrom wieder auf Wron und Solms zurückzuführen — „sage sie mir lieber, wann der Herzog?“

„Madame singelt, man ruft nach mir“, hörte das Kammerzöfchen in das Haus zurück, „millos excuses, Monsieur — später, morgen...“ Und rasch entschlüpfte sie, unhörbar wie eine Maus.

Dem Grafen war es gar nicht unlieb, daß dieses Gespräch ein Ende fand — schon längst hatte er es, zuerst unbestimmt, dann deutlich empfunden, wie sehr es doch unter seiner Würde war, in der Bedientenstube selbst den Anstörer zu spielen.

Auf einmal tat er einen lauten Pfiff. Wie konnte ihm das Beste erst zuletzt einfallen, Best! Der Vielgeriffelte, er mußte doch einen wahren Haß auf Michalansky haben und er hatte ihn auch.

Die Ungebild übermannte seine Erzeulenz dermaßen, daß er sofort zum Polizeigebäude ging. Aber der Besuche war nicht da. Er war auf dem gewohnten Abendspaziergang und Sr. Erzeulenz mußte sich schon gedulden bis am Morgen mit dem Glockenschlag acht auch der Rangleichreiber in die weißgetünchte Stube voll Attenstaub und Menschenschädeln trat, in der er grau geworden.

Der Graf war ausnahmsweise noch pünktlicher gewesen und hatte das Vergnügen als Ersten, als er voll wartender

starben drei, von den Frauen eine und ebenso das Kind. In einem Falle erfolgte der Tod schon 1 1/2 Stunden nach dem Auftreten der ersten Krankheitssymptome.

Ueber die Ursache der Giftigkeit sind verschiedene Hypothesen aufgestellt worden. Eingehende chemisch-physiologische Untersuchungen ergaben, daß die Stagnation des von den Muscheln bewohnten Wassers von bestimmender Wichtigkeit ist.

Wie man den Hunger mißt.

Eine wertvolle Vereinerung unserer Kenntnisse über das Hungergefühl verbannt die Wissenschaft dem Forscher Dr. A. J. Carlson; es ist ihm nämlich gelungen, den Hunger zahlenmäßig zu erfassen und die Tätigkeit des hungernden Magens in Form von Kurven anzugehen.

Die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchungen Carlsons sind die folgenden: sobald der Magen leer ist, beginnt er allmählich, schwache Zusammenziehungen auszuführen; allmählich werden sie stärker. Im Durchschnitt hält eine solche Zusammenziehung dreißig Sekunden an, es treten ganze Zusammenziehungsperioden auf, die 30 bis 45 Minuten dauern.

Im Laufe seiner Untersuchungen hat Carlson auch den Unterschied zwischen Appetit und Hunger zum Teil geklärt. Die Ansicht, daß appetitregende Mittel die Magen Zusammenziehungen verstärken, hat er nicht bestätigen können; der Genuß solcher Stoffe erregt offenbar nur auf psychischem Wege den Wunsch nach mehr.

Die Erforschung des größten Vulkanes der Welt.

Von dem größten Vulkan der Welt, dem Katmai in Alaska, wußte man bis vor fünf Jahren so gut wie nichts. Im Juni 1912

lenkte ein gewaltiger Ausbruch des Feuerberges die Aufmerksamkeit der amerikanischen Forscher dorthin, in den folgenden Jahren rüstete die National Geographic Society eine Forschungsreise der Untersuchung des Riesenvulkans aus, und nach einem Berichte des Leiters dieser Gesellschaft, Gilbert A. Grosvenor, ist in Washington unlängst ein Drahtbericht der Forscher eingegangen, der aus Kodiak in Alaska im September abgegangen ist.

Die Forschungsreisenden haben bei ihrer Tätigkeit einen vollen Erfolg erzielt. Der Vulkan und seine Umgebung wird künftig unter die Weltwunder zu zählen sein. Das Tal der zehntausend Rauchwolken, wie das Hochgebirge des Vulkans bislang genannt wurde, ist ungeheuer reich an Humarolen; auf einem Gebiete von etwa 250 Quadratkilometern finden sich buchstäblich Millionen von solchen Dampfsteinen, die alle in Tätigkeit sind.

Gegossener Zill.

Hätte das Wort Erloy durch die vielen Erlosstoffe, die die Kriegszeit hat entstehen lassen, nicht den Nebenjam des Winderwertigen bekommen, so könnte man den gegossenen Zill mit Jura als Tülleryl bezeichnen. Es handelt sich dabei, wie S. Scherel in „Lieber Land und Meer“ ausführlich, um eine Nachahmung eines feinen Gewebes durch den Guß.

Notizen.

— Tuberkulose als Lehrfach. In der „Wiener Medizinischen Wochenschrift“ tritt Dr. W. Müller, der Leiter eines Tuberkulosehospitals, dafür ein, daß an den Universitäten besondere Lehrstühle für Tuberkulose errichtet werden.

— Der verpackte Colonn. Zu den Kunstschätzen Venedigs, die mit Rücksicht auf die Kriegsgefahr beschützt worden sind, gehört auch das Meisterwerk Colonnis, das Jakob Burckhardt das schönste Denkmal der Welt genannt hat.

Ungebild den Kopf ins Vorzimmer steckte, die widerliche Wifage Michalansky vor sich zu sehen, der da wartete, sofort aber dienstbestiften auffrang, einen Päckling bis zur Erde machte und um die Gnade bat, einen liberale wichtigen Dienstbericht zu erstatten.

Er hatte schon ein ganzes Memorandum aufgesetzt über die durch seine rastlose Wachsamkeit gestern bewirkte Wiederherstellung des Grunds und jetzigen Militärdienstes Jakob Weiser nebst dem Delikt tatsächlichen und blutigen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, sowie eine Anzeige über neuerliche heimliche Antriebe „in der Studentenschaft revolutionärer und antimonsarchischer“.

Morawitzky ließ sich den ersten Akt vorlesen. Dann stand er auf und ging bedächtig umher. Seit gestern Abend hatten sich seine ganzen Begriffe von Grund aus verändert. Es schien ihm unbegreiflich, wie er diesen gemeinen Menschen da vor sich, von dem er so viel Schreckliches wußte, einst in Amt und Brot bringen konnte.

Und in dem Maße wie seine Antipathie gegen Michalansky wuchs, erschien ihm der unglückliche Student in anderem Lichte. Was für ein Schlemihl war doch dieser arme Teufel! Eigentlich hatte er doch gar nichts begangen — hinter all dem denunziatorischen Amtsspiel steckten doch nichts als hiftische, unreife Redereien, wie er sie selbst auf der Vagenschule mit seinen Kameraden einst oft genug gewechselt. Und wie hatte es Michalansky verstanden, daraus insame Waffen zu schmieden und den armen Burtschen von Delikt zu Delikt zu heben!

Morawitzky erschrak förmlich, denn es wurde ihm plötzlich klar, daß dies nur die Verkettung der Intrigen jener Frau war, die ihn selbst zu ihrem Werkzeug gemacht, nur um den

jungen Menschen, den sie mit ihrer Liebe verfolgte, ganz in ihre Gewalt zu bekommen.

Er schüttelte sich, als ob er das häßliche Gefäß, das ihn bis zum Hals fügte, abschütteln hätte können.

Nun, von heute ab war es jedenfalls aus mit diesen Intrigen. Jetzt sollten die Dury und ihre Kreaturen und Begeistigten, all diese Michalansky und Solms seine Nacht zu spüren bekommen.

Der kleine Mann reckte sich, um möglichst imponierend zu erscheinen.

„Er weiß sehr wohl“, begann er und seine Stimme hatte einen von ihm selbst gefühlten Beifang von Eitel, „daß dieser Jakob Weiser ein im Grunde braver, höchstens verführter Mensch ist, den er selbst in talische Reden gehetzt hat. Wenn also, so ist hier volle Miße am Platz — der Staat ist kein Genter seiner Bürger, sondern ihr väterlicher Vater und Erzieher. Dem Weiser sind für seine unüberlegte Handlungsweise alle mildern Umstände anzuhängen und ich wünsche, daß ex officio mit dem Bericht zugleich eine Begnadigungsempfehlung an die Militärbehörde überreicht werde.“

„Dagegen vermiße ich in dem Bericht auffälligerweise, wohin sich besagter Weiser geäußert hat.“

Michalansky wurde unruhig.

„Der Inzulpat wurde auf den Dächern rastlos umherirrend angetroffen“ sagte er ausweichend.

„Das ist merkwürdig“ meinte mit sicherem Instinkt der Graf, der fühlte, daß man ihm etwas verbarg.

„Wer hat ihn dort zuerst gesehen?“

„Der Stadtsoldat Fugel.“

„Man beordere den Fugel sofort hierher.“

Michalansky blidte den Grafen so auffällig betroffen an, daß diesem sofort klar war, er befände sich auf richtiger Fährte.

Der Stadtsoldat kam; der Aktuar versuchte früher das Zimmer zu verlassen, um mit dem Erwarteten einige Worte zu wechseln — aber Morawitzky wußte es zu verhindern.

„Wie hat er den Weiser betroffen und wo?“ schnauzte der Stadthaltererit.

„Als wir hab'n hausg'sucht beim Herrn Sekretär von Solms, der wo verhaft' hätt' wer'n soll'n“, begann dieser. —

(Fort. folgt.)

Amsterdam 22. November. Nach einem diesigen Blatt wird der „Times“ aus Petersburg vom 19. gemeldet, daß der Herzog von Leuchtenberg verhaftet wurde. Die Gemeindevverwaltung von Petersburg hat ein Telegramm vom 12. Armeeoberst an der Front erhalten, daß es nahe am Verhungern sei.

Amsterdam, 22. November. Dem Neuterischen Bureau wird aus Petersburg vom 21. d. gemeldet, daß der Kommissar der imperialistischen Regierung Menschinski sich mit dem Kommandanten der Garnison von Petersburg Murawjew an der Spitze von Soldaten der Roten Garde vor die Staatsbank beugte und binnen 10 Minuten die Auszahlung von 10 Millionen Rubel verlangte. Die Beamten weigerten sich, der Forderung nachzukommen. Schließlich lieh sie sich heraus, daß weder Menschinski noch Murawjew vom Rat der imperialistischen Kommissare zu diesem Austrage ermächtigt war. — Das imperialistische Organ „Pravda“ teilt mit, daß es in der Nähe von Wiborg zwischen der Roten und der Weißen Garde zu einem Gefecht gekommen ist. Die Eisenbahnlinie ist aufgesperrt.

Amsterdam, 22. November. Neuter meldet aus Petersburg vom 20. November: Aus Anlaß der bereits angebrochenen und möglichen Ausfälle im Staats- und Gemeindefeld der Revolutionäre Militärausgleich einen Aufruf, der die besitzenden Klassen warnt, mit dem Feuer zu spielen. Sie würden in erster Linie unter einer Hungersnot zu leiden haben. Es würde ihnen das Recht, Lebensmittel zu beziehen, entzogen und ihre Vorräte beschlagnahmt werden.

Der Kommandant von Moskau ist ein gemeiner Soldat.

Amerika als Diktator der Entente.

„Reit Parisien“ meldet aus Washington, man müsse der Weigerung Lord Northcliffes, das englische Luftministerium zu übernehmen, ernste Aufmerksamkeit zuwenden. Northcliffes Gefährdungen bedeten sich mit den Gesichtspunkten Amerikas, wo man mit Besorgnis innere Zwistigkeiten bei den Alliierten ausstauden sehe, während zur Erreichung des Sieges größte Einigkeit auf allen Gebieten notwendig sei. Amerika erwarte, daß alles, was an Geld, Lebensmitteln und Menschen geliefert werde, von den Alliierten schnellstens wirksam zur Erreichung des gemeinsamen Ziels eingeleitet werde. In maßgebenden Kreisen erklärte man, daß die Sprache Northcliffes im jetzigen Zeitpunkt die einzig passende sei. Man dürfe nicht glauben, daß Wilson Methoden durchzuführen lassen werde, die er bei einer Partei, bei der Amerika seine ganzen Hoffnungen und Hilfsquellen eingepflegt habe, als für Amerika gefährlich erkannt habe. Bei der nächsten Konferenz der Alliierten müßten daher Beweise der größten Kraft und Einigkeit gegeben werden, sonst hätte Northcliffes mit dem Worte recht, nach dem Amerika be-rechtigt ist, die Kriegsführung voll und ganz in die Hand zu nehmen.

Diese Meldung des Pariser Blattes muß gelesen werden mit engster Beziehung auf die Vorgänge, die sich soeben im englischen Unterhause abgepielt haben. Man wird nicht irre gehen, wenn man sie als einen Führer hinter die Kulissen amtierend liest.

Die englische Arbeiterpartei über Elsaß-Lothringen.

Bern, 22. November. Das Friedensprogramm der britischen Arbeiterpartei, dessen Entwurf dem Gewerkschaftskongress in Bradford zur Annahme vorgelegt, aber zwecks Umarbeitung dem parlamentarischen Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes und dem Vollzugsausschuss der Labour Party überwiesen worden war, bildete gemäß dem Wunsch der Arbeiterpartei im „Daily Telegraph“ den Gegenstand einer am 14. November abgehaltenen gemeinsamen Konferenz der genannten Körperschaften.

Das durchgesehene Programm weist bezüglich Elsaß-Lothringens und der italienischen Irredenta bedeutende Abänderungen in der Stellungnahme der englischen Arbeiterpartei auf und staut in beiden Fällen hinsichtlich der Ansprüche Frankreichs und Italiens erheblich ab. Während der ursprüngliche Entwurf für die Elsaß-Lothringer forderte, daß ihnen gestattet werde, das unabweisbare Verlangen nach Wiederbereinigung mit Frankreich zu stillen, fordert das jetzige Programm, daß „Elsaß-Lothringen in Gemäßheit der Erklärungen der französischen Sozialisten zugestanden werde, unter Protektion der über-nationalen Autorität der Liga der Nationen über ihre künftige politische Stellung zu verfügen“.

Besüglich der Italiener außerhalb der Grenzen des Königreichs Italien unterstützt das durchgesehene Programm deren Anspruch auf Vereinigung mit den Massengenenossen und erkennt ferner die Notwendigkeit einer Regelung zur Sicherung der berechtigten Interessen des italienischen Volkes in dem Adriatischen und dem Ägäischen Meere an, hat aber keine Sympathien mit den weitgehenden Eroberungsplänen des italienischen Imperialismus, glaubt vielmehr, daß sich alle berechtigten Bedürfnisse ohne Beeinträchtigung der entsprechenden Bedürfnisse anderer und ohne Annexion von Gebieten anderer Völker sichern lassen.

Das Scharfmachen gegen den Frieden in England.

Bern, 22. November. Die Friedenspropaganda, die von den Kriegsgegnern und Kriegsanhängern in England befruchtet wird, hat letzten einen so bedeutenden Umfang angenommen, daß die englische Regierung von den Scharfmachern mehrfach erludt worden ist, dagegen Maßnahmen zu ergreifen. Auf eine dahingehende Anfrage im Unterhause am 15. November erklärte der Staatssekretär des Innern, Cave, die Regierung habe Tausende solcher Flugblätter beschlagnahmt und vernichtet. Gegen einige Urheber sei ein Strafverfahren eingeleitet worden. Außerdem werde er dem Parlament eine neue Verordnung auf Grund des Reichsverteidigungsgesetzes vorlegen, wonach derartige Flugblätter künftig den Namen der Verfasser und Drucker tragen und die Genehmigung des Pressebureaus erhalten müßten. Outhwaite rief ihm zu, die Opposition gegen die Friedenspropaganda komme hauptsächlich von den Kriegspessimisten und ihren Schakalen. Lees Smith fragte, warum die Regierung den Friedensschriften nicht offen entgegenetrete, anstatt die Polizei darauf zu setzen. Bonsonby betonte, der vorige Premierminister habe im Unterhause erklärt, daß das Eintreten für den Frieden durch Verhandlungen kein Vergehen gegen die Reichsverteidigungsgesetze darstelle, und fragte an, ob die jetzige Regierung einen anderen Standpunkt einnehme. Es wurden beantragte schießlich die Vertagung des Hauses, um die Aufmerksamkeit auf eine dringende Angelegenheit von öffentlicher Bedeutung zu lenken, nämlich auf das Eingreifen der Regierung gegen die politische Propaganda sowie auf die von ihr angeforderten Maßnahmen zur Verhinderung einer Verantwortung des Friedens und einer Erörterung der öffentlichen Politik. Der Antrag gelangte indessen, da er nur von

88 Mitgliedern, anstatt von der vorgeschriebenen Mindestzahl von 40, unterstützt wurde, nicht zur Abstimmung. Der Londoner Berichterstatter von „Manchester Guardian“ weist auf die bedenkliche von Cave angeforderte Verordnung hin, die der erste Schritt zu einer Zensur der öffentlichen Meinung sei und ihre logische Ausdehnung in der Zensur der Meinung der Presse haben werde. Schließlich würden die Tageszeitungen nur drucken dürfen, was die Zustimmung der Regierung habe, wodurch die für den Sieg notwendige Pressefreiheit vernichtet werde.

Englische Wehrpflicht.

Wahlrechtsentziehung gegen Dienstpflichtverweigerung.

London, 21. November. (Neuter.) Im Unterhause wurde bei Beratung der Wahlrechtsreform ein Zusatzantrag angenommen, durch welchen denen, die aus Gewissensgründen sich dem Militärdienst widersetzen, das Wahlrecht entzogen wird.

Amsterdam, 22. November. „Central News“ meldet aus London: Die Postzeit veranfaßte heute in den Londoner Eumens des Nationalen Rates für bürgerliche Freiheit eine Hausdurchsicht. Es wurden Dokumente beschlagnahmt.

Die Verstaatlichung der englischen Bergwerke

Amsterdam, 22. November. Das englische Unterhause hat die Nationalisierung der englischen Bergwerke genehmigt.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 21. November. In der englischen Westküste wurden durch einen unserer Unterseeboote neuerdings

12 000 Br.-Reg.-To.

versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich der englische Dampfer „The Marquis“ sowie der bewaffnete tief geladene französische Dampfer „Lougny“.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Opfer der Züricher Tumulte.

Bern, 21. November. Heute Mittwoch fand in Zürich unter sehr großer Beteiligung der Züricher Arbeiterschaft die Verdingung der beiden Arbeiter, die den kürzlichen Tumulten zum Opfer fielen, statt. Es wurden kurze Ansprachen gehalten. Die ganze Veranstaltung vollzog sich in vollkommener Ruhe ohne Zwischenfälle. Die Militärbehörde hatte erweiterten Ordnungsdienst angeordnet.

Die Wahlrechtsvorlage vor der Einbringung.

Die preussische Wahlrechtsvorlage ist, wie mitgeteilt wird, vom König von Preußen unterzeichnet worden und geht nach der Drucklegung in den nächsten Tagen dem Landtag und der Presse zu.

Die Freikonservativen und die Wahlreform.

Jedlihs Antwort auf Vredt.

Gegen die Ausführungen des freikonservativen Abg. Dr. Vredt, der die freikonservative Fraktion zu unentwegtem Sturmloos gegen das gleiche Wahlrecht veranlassen will, ergreift jetzt in der „Post“ der Führer der Freikonservativen, Octavio v. Jedlihs, das Wort. Herr v. Jedlihs ist im Gegensatz zu Dr. Vredt kein wilder Draufgänger, seine Politik ist das Sichverpassen, das Jugeländuliffemachen, um auf der andern Seite so viel Vorteile als möglich herauszuholen. So erzählt Herr v. Jedlihs denn auch mit ziemlicher Offenheit, wie es ihm beinahe schon geglikt wäre, in der Wahlrechtsvorlage ein Kompromiß nach seinem Herzen zustande zu bringen. Es sei schon alles für die Einführung eines Pluralwahlrechts bereit gewesen, seine Annahme durch eine Dreiviertelmehrheit erschien dank der Lätigkeit des Herrn v. Jedlihs gesichert, — doch da kam der Erlaß vom 11. Juli und hat „durch dies alles einen dicken Strich gezogen“. Welcher Weg nun einzuschlagen sei, hängt nach Herrn v. Jedlihs ganz überwiegend von den tatsächlichen Verhältnissen ab:

Inbesondere kommt es dabei darauf an, ob noch begründete Aussicht vorhanden ist für ein Wahlrecht, das bei weitgehender Gleichstellung aller Wähler doch den besonderen Wert berücksichtigt, der einem Teil der Stimmen für den Staat nun einmal beizubehalten, oder ob damit zu rechnen ist, daß sich das gleiche Wahlrecht, wenn auch mit Schwierigkeiten, bestimmt durchsetzt. Das aber wird sich, soweit man jetzt sehen kann, erst im Laufe der Verhandlungen, wahrscheinlich sogar recht spät, herausstellen. Erst wenn diese Seite der Sache mit einiger Sicherheit zu übersehen ist, läßt sich dann die Wahl des einzuschlagenden Weges pflichtgemäß treffen.

Herr v. Jedlihs hält sich also als vorsichtiger Politiker einzuweisen noch jeden Weg offen. Hat er einmal einen Weg gewählt, so werde er (sagt er) ihn ohne Schwanken gehen. Aber jetzt will Herr v. Jedlihs sich nicht festlegen und er warnt seinen heißblütigen Kollegen, daß ein unkluges Verhalten der Konservativen vielleicht zu einer — andernfalls abzuwendenden — noch über das Maß des Wahlerlasses vom 11. Juli hinausgehenden Demokratisierung Preußens führen würde. — Herr v. Jedlihs verfolgt also immer noch die Taktik, die wir hier oft schon festgestellt haben: mitfahren, um bremsen zu können.

Wenn Dr. Vredt also auch nicht den Beifall seines Fraktionsvorstehenden gefunden hat, so fällt ihm dafür um so herzlicher die nicht freie, sondern beschränkt konservativ „Kreuzzeitung“ in die Arme. Für die „Gegenwichte“, die Herr v. Jedlihs dem gleichen Wahlrecht in Preußen anhängen will, hat das Blatt nur ein verächtliches Achselzucken, und es meint etwas boshaft, daß der Unterschied zwischen verändertem und unverändertem Reichstagswahlrecht Herrn v. Jedlihs „gewissermassen nur als Bettelstirn dienen soll“.

Reichswirtschaftsamt und Übergangswirtschaft.

Amlich wird gelebert:

Der Bundesrat hat eine Forderung der Verordnung über die Bestellung eines Reichskommissars für die Übergangswirtschaft vom 3. August 1918 beschloffen, wonach den Vorsitz im Beirat des Reichskommissars an Stelle des Staatssekretärs des Innern der Reichsfinanzler oder ein von ihm bezeichneter Vertreter führt.

Die Forderung bezweckt die Geschäftsführung für Übergangswirtschaft in eine durch die Sachlage begründete enge Verbindung mit der Reichswirtschaft (soll wohl heißen: dem Reichswirtschaftsamt). Red. d. G.) zu bringen.

Die Kriegsteilnehmer gefährden den Staat!

Je mehr sich die Wahlrechtsvorlage ihrer Entscheidung nähert, desto heftiger wird das Toben der Reaktionsäre. Der konservative Verein für die Provinz Brandenburg hat einstimmig erklärt, die Einführung des Reichstagswahlrechts gefährde den preussischen Staat.

Eine schmachtvollere Beleidigung ist den Kriegsteilnehmern an der Front noch nicht ins Gesicht geschleudert worden. Denn der Sinn des gleichen Wahlrechts ist doch zurzeit namentlich der, daß die Leute, die durch Einsetzung von Leib und Leben den Staat vor dem Untergang bewahrt haben, in Zukunft nicht mehr unter der Vormundschaft der Kriegswidriger und Kriegsgevinnter stehen sollen, daß vielmehr der entscheidende Einfluß im Staat bei denen liege, die sich jetzt in den Schützengräbern aufopfern. Wer darin eine „Gefahr für den Staat“ sieht, macht sich in unseren Augen einer nichtwürdigen Beleidigung der Kriegsteilnehmer schuldig.

Bundesratsarbeit. In der Sitzung des Bundesrats vom Donnerstag wurden angenommen: Der Entwurf einer Bekanntmachung über die Verjährungsfristen, der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend Änderung der Verordnung über die Bestellung eines Reichskommissars für Übergangswirtschaft vom 3. August 1918, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Änderung der Verordnung über den Verkehr mit Gummaronbarg, der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges, der Entwurf einer Bekanntmachung über die Wahlen nach dem Versicherungs-gesetz für Angehörige, die Vorlage betreffend Entwurf der Satzung für die oberste militärische Vermessungsstelle im Deutschen Reich und in seinen Schutzgebieten, der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend Ergänzung der Verordnung über Aushalt vom 10. Oktober 1916, die Vorlage über die Gewährung von Beihilfen an Gemeinden für Kriegswahlhelfer-pflege und die Vorlage über die Gewährung von Beihilfen an Gemeinden für die Gewerkschaftsfürsorge in der Textilindustrie.

Wahlrechtsantrag in Sachsen-Weimar. Für die eben begonnene Tagung des weimarischen Landtags hatten unsere Abgeordneten einen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts vorbereitet. Nach der Geschäftsordnung des weimarischen Landtages müssen Anträge von mindestens fünf Abgeordneten unterzeichnet sein, da unsere Fraktion aber nur vier Abgeordnete zählt, so suchte sie noch die Unterschrift eines Abgeordneten der fortschrittlichen Volkspartei zu erhalten. Die Fortschrittler lehnten jedoch die Unterzeichnung des Antrags „mit Rücksicht auf den Burgfrieden“ ab, so daß unsern Abgeordneten nichts anderes übrig blieb, ihren Antrag jetzt als Gesuch beim Landtag einzubringen.

Albentische Agitationsblätter. „Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß der „Vormärts“ einen deutschen Sieg fürchtet. Noch diesen neuesten Auslassungen des Blattes kann man sagen, der „Vormärts“ fürchtet jeden Frieden, der nicht zur Verelendung Deutschlands führt.“ („Deutsche Tageszeitung“ vom 20. November 1917.)

„Für alle monarchisch bemuteten Politiker bedeuten die gegenwärtigen Vorgänge eine schmerzliche Reue. Wir empfinden die angeblühliche oder wirkliche „Lösung der Krise“ vom monarchischen Standpunkt als ein innerpolitisches Unheil.“ („Deutsche Tageszeitung“ vom 19. November 1917.)

Sozialdemokratie und Christentum. Aus dem Brief, den ein gläubiger Arbeiter Katholik an uns richtete, heben wir folgende Zeilen hervor: „Nun hat der Krieg wenigstens nach einer Seite hin etwas Gutes geschaffen, er hat nämlich auch vielen gläubigen Katholiken die Augen darüber geöffnet, wo in Wirklichkeit die schlimmsten Feinde des Christentums zu finden sind. Während nämlich die angeblich religionsfeindliche Sozialdemokratie in Uebereinstimmung mit der Papstnote für einen Verständigungs-frieden arbeitet, erlebt man das traurige Schauspiel, daß hervorragende katholische Blätter, wie die „Königliche Volkszeitung“, und viele katholische Zeitliche in der famosen „Vaterlandspartei“ für Annexionen eintreten und dem Verständigungs-frieden entgegenarbeiten. Mein Wunder, daß sich nunmehr auch viele Katholiken der Sozialdemokratie zuwenden, als der Partei, die durch ihre Arbeit für den Frieden die höchsten Ideale des Christentums in die Tat umsetzt.“

Letzte Nachrichten.

„Ein jedes Volk hat seine Alldentschen!“

Rotterdam, 22. November. Im Nationalliberalen Club hielt wie „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London meldet, Lord Buxmaster eine Rede über den Bälterbund, der, wie er sagte, ein Friedensbund sein müßte. Der Bund müsse alle kriegsführenden und neutralen Staaten, die ihm beizutreten wünschten, unter gleichen Bedingungen in sich aufnehmen und durch einträchtiges Auftreten dafür sorgen, daß seine Grundsätze beachtet würden. Wenn dieser Plan durchgeführt würde, so würde der preussische Militarismus beseitigt und eines der wichtigsten Kriegsziele erreicht sein. Ein Friede ohne vollkommene Wiederherstellung Belgiens, Rüumung Frankreichs und Grenzverbesserungen, die allen Völkern Sicherheit garantierten und den nationalen Lieberlieferungen und Erwartungen gerecht würden, wäre verfrüht. Aber ein Friede, der diese Forderungen erfüllte, könne nicht rasch genug kommen. Buxmaster sagte ferner, jedes Volk habe seine Alldentschen, die gläubigen, daß Streitigkeiten nur mit Gewalt beigelegt werden könnten. In der Herabwürdigung dieses Glaubens liege die einzige Hoffnung für das zukünftige Glück der Menschheit.

Amerika sperrt die Transporte nach Rußland.

London, 22. November. „Central News“ zufolge veröffentlicht die Associated Press folgende Mitteilung aus Washington: Die amerikanische Regierung hat beschloffen, daß weder Lebensmittel noch Munition nach Rußland geschickt werden sollen, ehe die Lage sich geklärt hat. Die Regierung will wissen, in welche Hände die amerikanischen Waren bei ihrer Ankunft in Rußland gelangen, ehe sie die Erlaubnis zur Ausfuhr erteilt. Die Transporte nach Rußland werden erst dann wieder aufgenommen werden, wenn eine dauernde Regierung vorhanden ist, die die Vereinigten Staaten anerkennen in der Lage sind. Wenn die Bolschewiki am Ruder bleiben und ihr Programm eines Friedens mit Deutschland durchführen wollten, so würde das Ausfuhrverbot ein dauerndes sein.

Beendigung der Ministerkrise in China.

Basel, 22. November. Neuter meldet aus Peking unterm 17. November: Das Kabinett hat seinen Rücktritt nach Uebereinstimmung mit dem Präsidenten zurückgezogen, in der beschloffen wurde, die militärische Unterdrückung des Aufstandes im Hunan fortzusetzen.

Brussilow überfahren.

Amsterdam, 22. November. Aus Moskau wird gemeldet, daß General Brussilow von einem Japaner überfahren worden ist, wobei er unter anderen Verletzungen auch einen Armbruch erlitt.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend

Die neue Feuerungszulage der Buchbinder.

Ueber die vom Buchbinderverband gestellten Forderungen für die drei Tarifstädte Berlin, Leipzig und Stuttgart verhandelten die Vertreter der beiderseitigen Organisationen am 12. und 13. d. M. In einer am Montag abgehaltenen Versammlung der Berliner Buchbinder erstattete Herr Dr. Berger Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen, die, wie der Redner ausführte, nach vielen Schwierigkeiten mit einer Vereinbarung endeten, welche die Forderungen nicht voll erfüllt und deshalb die Arbeitnehmer nicht ganz befriedigt, aber den Umständen nach annehmbar erscheint. Die wesentlichsten Punkte der Vereinbarung sind folgende:

In den Berliner Buchbindereien erhalten die verheirateten Gehilfen eine Feuerungszulage von 9 M., die ledigen 8 M., und im ersten Jahre nach der Ehezeit 6 M. wöchentlich. Für Arbeiterinnen mit einem Wochenverdienst bis 12 M. beträgt die wöchentliche Zulage 2,50 M., für die übrigen Arbeiterinnen 5 M. Alle hiesigen Löhne, Feuerungszulagen und Sonderabmachungen bleiben bestehen, die angeführten Zulagen stellen also eine Erhöhung der bisherigen Verträge dar. Den Gehilfen werden die beiden ersten Ueberstunden mit einer Zulage von je 8 Pf., die dritte mit 10 Pf. bezahlt. An den Sonnabenden sowie an Sonn- und Feiertagen beträgt der Ueberstundenzuschlag 15 Pf., bei Nachtarbeit 30 Pf. In derselben Abminderung erhalten die Arbeiterinnen Ueberstundenzuschläge von 5 Pf., 10 Pf., 15 Pf. und für Nachtarbeit 40 Pf. Sämtliche Zulagen treten bei der am 21. bezw. 22. Dezember erfolgenden Lohnzahlung in Kraft.

Für eine Veränderung des Tarifs hinsichtlich der Lohnsätze und der Arbeitszeit waren die Arbeitgeber nicht zu gewinnen. Sie erklärten aber auf Antrag der Arbeiter, daß bei der künftigen Tarifrevision nicht die Tariflöhne, sondern die derzeitige Wirtschaftslage die Grundlage bilden sollen. Auch den Lehrlingen soll eine angemessene Feuerungszulage und nach dem Kriege eine entsprechende Erhöhung des Kostgeldes bewilligt werden.

Mit den Berliner Buchdrucker-Eigentümern ist vereinbart, daß die in ihren Betrieben beschäftigten Buchbinder eine Erhöhung der Feuerungszulage von 8,50 M. für Verheiratete, 7,50 M. für Ledige und 5 M. im ersten Gehilfenjahr erhalten. Für gebildete Arbeiterinnen wird eine Erhöhung der Feuerungszulage um 5 M., für ungebildete um 3 M. gewährt. Der Ueberstundenzuschlag der Gehilfen wird für Ueberstunden bis 10 Uhr abends auf 25 Pf., an Sonnabenden, Sonn- und Feiertagen auf 30 Pf., für Nachtarbeit auf 55 Pf. erhöht. Für Arbeiterinnen beträgt der Ueberstundenzuschlag in derselben Abminderung 15, 25, 40 Pf. Die Zulagen in den Buchdruckerbetrieben treten am 26. November in Kraft.

Nach einer kurzen Aussprache wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Prinzipale einer zeitgemäßen, der enormen Teuerung entsprechenden Lohnaufbesserung nicht zustimmen haben. Bei der nächsten Tarifrevision kann unmöglich der Aufbau nach den früheren Friedenslöhnen erfolgen, sondern die zur Zeit bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse müssen besonders berücksichtigt werden. Die neuen Feuerungszulagen nimmt die Versammlung unter den gegebenen Verhältnissen an in der Erwartung, daß dieselben von den Arbeitgebern anstandslos gewährt werden. Von den Kollegen und Kolleginnen wird erwartet, daß sie dort, wo Zahlung nicht erfolgt, mit allen verfügbaren Mitteln auf Zahlung drängen.

Die Porzellanarbeiter, Johlfabrik Berlin, beschloßen in ihrer letzten Versammlung, den Kollegen im Felde auch in diesem Jahre ein Weihnachtsgeld zu zahlen. Ebenfalls die in Gefangenschaft geratenen Kollegen durch Vermittlung des Roten Kreuzes mit einem Paket zu bedenken. Für die Familien der betroffenen Kollegen ist zu Weihnachten eine bescheidene Geldunterstützung, für Frauen 3 M., für jedes Kind 2 M., ausgesetzt. Wenn auch die Gaben bei den beschränkten Mitteln und dem kleinen Kreis der noch vorhandenen Kollegen nur gering sein können, so erfüllt es doch die Berliner Kollegschaft mit Stolz, ihrer Kollegen im Felde zu gedenken.

Parteinachrichten.

Für Frieden und Freiheit.

Eine eindrucksvolle Friedenskundgebung veranstaltete am Dienstagabend auch die Arbeiterschaft der Stadt Bremen. Die Volksversammlung, die vom Sozialdemokratischen Parteiverein einberufen war, wies mindestens 3000 Besucher auf. Der große Saalssaal, in dem 1904 der Parteitag stattfand, war bis auf den letzten Platz besetzt. Genosse Fritz Ober, der früher lange Jahre in Bremen tätig war, hielt einen mit großer Aufmerksamkeit angehörten und mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Sozialdemokratie, Verständigungsfriede, Volksrechte“. Er richtete die Haltung der Sozialdemokratie im Kriege, wandte sich mit Schärfe gegen die Alldeutschen und forderte, daß das Friedensangebot der russischen Arbeiter- und Soldatenräte von den Mittelstaaten im zustimmenden Sinne beantwortet werden möge. Dann wandte sich Genosse Oever der inneren Politik zu. Die deutsche Sozialdemokratie werde ihre ganze Macht daraufsetzen, um das gleiche Wahlrecht in Preußen zu schaffen. Die Reaktion habe ausgespielt, und die Arbeiterklasse werde wesentlich die Entwicklung des neuen Deutschland bestimmen. — In der Debatte ließen es sich die beiden „Unabhängigen“ Klawitter und Hentz nehmen, unter dem Beifall ihrer Anhänger die wichtige Friedenskundgebung durch die satirisch bekannten Wortworte gegen die deutsche Sozialdemokratie zu führen. Auf die Friedensfrage gingen diese Redner nur nebenbei ein. Genosse Oever fertigte

in seinem Schlusswort unter lebhafter Zustimmung des größten Teiles der Versammlung die Unabhängigen kräftig ab. Gegen einige wenige Stimmen der Vaterländischen und Unabhängigen wurde eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution angenommen.

In Chemnitz fand eine von der Sozialdemokratischen Partei einberufene öffentliche Versammlung statt, die außerordentlich stark besucht war. Der große Saal des Volkshauses und die Galerien waren gestopft voll. Das Referat des Genossen Hermann Müller vom Parteivorstand wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Eine Resolution, in der zum Ausdruck kommt, daß in dem zu schließenden anneziationslosen Frieden Vereinbarungen getroffen werden, die das internationale Beträufte als eine der Kriegursachen beenden, ferner wird gefordert, daß die deutsche Regierung das Vorgehen der derzeitigen russischen Regierung, die einen baldigen anneziationslosen Frieden will, unterstützt. Weiter verlangen die Versammelten, daß die Regierung unabweisend Stellung nimmt gegen die Treibereien der sogenannten Vaterlandspartei, und daß endlich die politische staatsbürgerliche Gleichberechtigung für alle Körperschaften restlos durchgeführt wird, wurde einstimmig angenommen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Vor einer imposanten Versammlung sprach am Dienstag Genosse Stäcklen in Luckenwalde. In der Diskussion ergriff der Vertreter der Unabhängigen, Diefgang-Berlin, das Wort, der den stürmischen Protest der Versammlung hervorrief, als er für die Zeit nach dem Kriege den heftigsten Kampf der Arbeiterklasse unter sich ankündigte. — Im übrigen nahm die Versammlung einen glänzenden Verlauf. Eine Resolution, in der die Friedensbestrebungen der deutschen Sozialdemokratie gebilligt und der russischen Arbeiterklasse die vollste Sympathie ausgesprochen wird, fand fast einstimmige Annahme.

Aus den Organisationen.

Die sozialdemokratischen Organisationen für den 10. (Döbeln-Rohrweil) und 21. (Annaberg) sächsischen Reichstagswahlkreis nahmen in Generalversammlungen Stellung zu den Beschlüssen des Parteitag. Am 10. Kreis berichtete Genossin Schilling, deren Ausführungen vom Vertreter des Parteivorstandes, Müller, ergänzt wurden. Nach kurzer Diskussion erklärte sich die Versammlung einstimmig mit den Beschlüssen des Parteitags und der Haltung der Kreisvertretung einverstanden. Am 21. Kreis berichtete Genosse Schied-Schwarzberg, der als Anhänger der erweiterten Kinderheit vom Ergebnis der Parteitagverhandlungen nicht befriedigt ist. Er ist der Auffassung, daß aus dem Parteivorstandsbereich nicht ersichtlich sei, was die eigentlichen Gründe der Spaltung waren. Weiter behauptete er, daß der Parteivorstand nicht mit gleichem Maß gemessen und den rechtsstehenden Genossen nicht mit der erforderlichen Schärfe entgegengetreten sei, sowie daß Leute wie Kautsch und Bernstein in der Reichspressen nicht mehr zu Wort kommen könnten. Vor allem herrsche Unwillen darüber, daß die Fraktion die Kriegspolitik bewilligte, ohne Garantien für eine gesunde Lösung brennender politischer Fragen sowie Sicherstellung der Volksernährung zur Bedingung zu machen. Der Abgeordnete des Kreises, Genosse Grenz, würdigte die Bedeutung des Parteitags und schloß dann ab, daß eine internationale Gemeinschaft, vor allem einseitige Organisationen in den einzelnen Staaten Bedingung sein müsse. Im übrigen betonte er, daß wir innerpolitisch wesentliche Fortschritte gemacht hätten. Die Versammlung des 21. Kreises faßte keinen Beschluß, sondern begnügte sich damit, den Einheitswillen zu unterstreichen.

Auch in der Frauenbewegung geht es vorwärts.

Eine öffentliche Frauenversammlung, die am 19. November in Saarbrücken tagte, in der Genossin Reiche, Hamburg referierte, hatte das Ergebnis, daß 60 (sechzig) Frauen der Partei beitraten. Außerdem wurde eine Anzahl Abonnenten auf die „Vollstimme“ gewonnen.

Soziales.

Tuberkuloseerkrankungen der Kinder vor und während des Krieges.

In der Festschrift zum 70. Geburtstag Johannes Ortbs macht Herr Professor Umber, der Leiter des Städtischen Krankenhauses Charlottenburg-Bezirk, einige überaus interessante Angaben. Auf Grund der Beobachtung an 600 Kindern, die in zwei aufeinanderfolgenden Jahren in den Altersklassen vom ersten Lebensjahre bis zum 15. Lebensjahre aus irgendwelchen Gründen in das Krankenhaus Charlottenburg-Bezirk gekommen waren, hat er festgestellt, daß der Säugling in der Regel tuberkulosefrei zur Welt kommt und die ebent. Erkrankung an Tuberkulose erst später erwirbt. Gerade der Umstand, daß diese Beobachtungen nicht an einem Tuberkulose-Krankenhaus, sondern in der Kinderabteilung eines allgemeinen Krankenhauses gewonnen sind, muß besonderes Interesse an diesem Ergebnis erwecken. Unter den 600 Säuglingen und Kindern erwiesen sich als tuberkulös infiziert:

Säuglinge im ersten bis dritten Monat	0 Proz.
Kindern	6
• dritten bis zwölften Monat	6
• zweiten Lebensjahre	12
• dritten und vierten Lebensjahre	32
• fünften und sechsten	33
• siebenten bis zehnten	47
• elften bis vierzehnten	56

Es zeigte sich bei den Untersuchungen im Krankenhaus Charlottenburg-Bezirk, daß die tuberkulös infizierten Kinder im ersten Lebensjahre auch familiär eine klinische Tuberkulose darboten, daß mit zunehmenden Lebensjahren aber ein immer geringerer Prozentsatz offenbar tuberkulös war, vielmehr die latente und nur durch die positive Tuberkulinreaktion feststellbare Tuberkulose prozentual progressiv zunahm.

Professor Umber zieht den Schluß, daß mit zunehmendem Alter des Kindes sich die Immunität gegenüber dem erkrankenden Infekt zu festschreibt und folgt daraus, daß es vor allem darauf ankomme, den Säugling vor dem Tuberkuloseinfekt zu schützen. Ist er einmal erkrankt, so werde Hygiene und Therapie kaum imstande sein, ihn zu erholen, angesichts der graufigen Mortalität der Säuglingstuberkulose. Der Kampf gegen die erfolgte Infektion erwinne mit zunehmendem Lebensjahre an Ausficht. Nur die Entfernung aus dem Tuberkulosekrankenmilieu könne beim Säugling und bei den jüngeren Kindern Erfolge versprechen im Kampf gegen die Tuberkulose. Unter halbwegs günstigen sozialen Verhältnissen werde schon die Isolierung der gesunden Kinder etwas leisten. Gerade aber beim Proletariat, das am dringendsten des Tuberkuloseinfektes bedürfe, aber am wenigsten, er weist darauf hin, daß nach einer Berliner Statistik aus dem Jahre 1908 40 Proz. der gesunden Tuberkulosen eine Einzimmerwohnung hatten und 41 Proz. eine Zweizimmerwohnung. Wie soll man unter solchen Umständen Kinder derartiger Familien in ihrem Milieu isolieren?

Diesem 600 Kindern vor dem Kriege konnte Professor Umber nur 658 Kinder gegenüberstellen, die während des Krieges in derselben Weise wie jene 600 vor dem Kriege, und zwar in gleich langem Zeitraum von abermals zwei Jahren beobachtet wurden. Nähere Zahlen gibt Professor Umber über diese Kinder nicht. Er betont nur das Ergebnis der Beobachtungen, daß mit der Verleerung der sozialen Lage, wie sie der Krieg selbst in einer so günstig gestellten Stadt wie Charlottenburg unbedingt mit sich bringen mußte, auch die Zahl der Tuberkuloseinfektionen und Tuberkuloseerkrankungen unter den Kindern zugenommen habe. Es seien vor allem die latenten Infektionen, die gegenüber den klinisch manifesten Tuberkulosen bei Kindern bis zum letzten Lebensjahre einen relativen Zuwachs erlitten hätten. Professor Umber weist darauf hin, daß mit besonders gefährlicher Ausbreitung die Krätze, insbesondere auch die Schulpilze und Hirschgärte der Entwicklung der Tuberkulose im Kindesalter nachteilig wirkten, um durch den Krieg ungünstiger gewordenen Konstellationen bei Zeiten zu begegnen. Das sei eine eindringliche Mahnung. Denn heute sei jedes kindliche Leben doppelt teuer geworden.

Im Anschluß an diese Darlegungen sei noch darauf hingewiesen, daß die Tuberkulosegefahr für unser Volk sich durch das Zusammenwirken von Ueberarbeit und verminderter Ernährung wesentlich erhöht hat. Schon Ortbs hat vor dem Kriege auf eine größere Tuberkulosesterblichkeit des weiblichen Geschlechts hingewiesen. Die sehr vermehrte Berufstätigkeit der Frau wird hier wahrscheinlich noch ungünstiger wirken. Es ergibt sich daraus die zwingende Notwendigkeit, die Tuberkulose-Abwehrmaßnahmen im weitgehendsten Maße auszubauen.

Industrie und Handel.

Liquidation de Wendel und Kohlenpreise.

Man schreibt uns:

Bei dem letzten Erwerb von Kohlenzweigen durch den Kgl. Preuss. Staat wurden Kaufpreise gezahlt, deren Höhe zum Teil noch dem Marktstand der Aktien zu rechtferdigten Verdacht wurden. Man hat damals darauf hingewiesen, daß bei derartigen Verkäufen auch der Staat bei der fortwährenden Erhöhung der Kohlenpreise mehr noch als früher interessiert werde. Nun bietet sich für das Reich eine Gelegenheit, den gewaltigen Besitz der Firma de Wendel an Erz-, Hütten- und Kohlenbergwerken in Lothringen zu erwerben. Der Wert dieses Besitzes kann einwandfrei festgestellt werden, da er seit längerer Zeit unter Zwangsverwaltung steht. Daß nach Zeitungsnachrichten geplant sein soll, den mehrere hundert Millionen Mark betragenden Besitz an einen Konzern von Interessenten der größten und mächtigsten Firmen der rheinisch-westfälischen Montanindustrie zu veräußern und dem Staat eine Mitbeteiligung, wie gesagt wird, von 51 Proz. zu gewähren, muß Befremden erregen. Zweifellos wird der Erwerbpreis sich in angemessenen Grenzen halten, die es dem Reich, falls es allein Erwerber würde, gestattete, einen noch bedeutenderen Einfluß auf die Preisgestaltung der Rohle und Metalle zu gewinnen, als dies zurzeit der Fall ist, und zwar in absteigender Linie, während die Privatgesellschaften, die Mitbeteiligter werden, eine solche Tendenz sicher nicht verfolgen werden. Auch daß der Staat die knappe Majorität der Anteile erwerben soll, wird daran wenig ändern. Hoffentlich werden sich Stimmen erheben, um den Plan, der wieder eine Bevorzugung Weniger zum Nachteil der Allgemeinheit im Gefolge hätte, zu vereiteln.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß die Verhandlungen noch zu keinem formellen Abschluß gekommen seien. Aber es besteht bei der Gründung der deutschen Gesellschaft übrigens die Absicht, auch eine Reihe von nicht gemischten Werken und solchen für Qualitätsstahlfabrikation mitzubeteiligen, um diese an der bedeutenden Erzhafis des Unternehmens teilnehmen zu lassen. Aus diesem Grunde sind u. a. auch für die Mannesmann-Röhrenwerke in Düsseldorf und die Stahlwerke Richard Lindenberg in Remscheid keine Unterbeteiligungen vorgesehen. Nach den bisher getroffenen vorläufigen Abmachungen sollen die gesamten Anlagen der de Wendelschen Werke in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von etwa 100 Millionen Mark eingebracht, der restliche Kaufpreis soll im Wege von Anleihen und langfristigen Krediten bestritten werden. Dem Staat dürfte eine Beteiligung von 50 Proz. des gesamten Aktienkapitals eingeräumt werden, während die restlichen 50 Proz. sich auf die privaten Hüttenwerke verteilen sollen.

Verantwortlich für Politik: Otto Sattler, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Kaufmann; für Unterhalt: Dr. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Bauermeister u. Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW.

Kreis 1. Blatt und Unterhaltungsblatt.

Das Recht zu wählen

haben die Frauen — soweit es sich um ihre Kleidung handelt — von jeher besessen. Sie bevorzugen denn auch ein Geschäft dessen Auswahl ihnen die weitgehendste Ausübung dieses Rechtes verbürgt, und wo sie im übrigen die Möglichkeit haben, daß sie bei der Fülle des gebotenen das Rechte wählen!



Rönigstr. 33
am Bahnhof Sigmaringen

Chausseest. 113
am Central Bahnhof

Samstags geschlossen!